



Auszug aus der Niederschrift
über die
Sitzung des Rates der Stadt Essen
vom 27.05.2020
- Öffentlicher Teil -

Tagesordnungspunkt:

13. **Aufnahme besonders schutzbedürftiger Flüchtlinge aus Griechenland** 0383/2020/GRÜNE/
land LINKE
(gemeins. Anmeldung der GRÜNEN-Fraktion und
der Fraktion DIE LINKE)
-

Ratsfrau Giesecke (LINKE) schildert die aktuelle Situation in den griechischen Flüchtlingslagern, die besonders für unbegleitete Minderjährige katastrophal sei. Eine Initiative von Ländern der Europäischen Union, zu der auch Deutschland zähle, habe sich bereits Anfang des Jahres zur Aufnahme dieser besonders schutzbedürftigen Flüchtlinge bereit erklärt. Durch die Corona-Pandemie und die damit verbundenen Reisebeschränkungen sei die Initiative allerdings zum Erliegen gekommen mit der Folge, dass sich die Zustände in den Flüchtlingslagern weiter zugespitzt hätten. Deshalb müsse die Stadt jetzt ein Zeichen setzen und Verantwortung übernehmen, um diesen Kindern hier in Essen eine gesicherte Zukunft zu ermöglichen.

Ratsherr Gunkel (TS-SLB) befürwortet die Aufnahme von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen aus den griechischen Auffanglagern und macht darauf aufmerksam, dass es weitere Personengruppen gebe, die ebenfalls besonders schutzbedürftig seien und der Aufnahme bedürften.

Ratsherr Schönweiß (FDP) bedauert die Missstände in den griechischen Flüchtlingslagern und hält eine europäische Lösung zur gesteuerten Aufnahme der Flüchtlinge für dringend notwendig. Die Stadt habe die Aufnahmequote nach dem Königsteiner Schlüssel allerdings bereits übererfüllt und mit der Aufnahme von weiteren Flüchtlingen würde eine Überforderung der bestehenden Systeme in Essen riskiert.

Ratsherr Endruschat (TS-SLB) mahnt eine gerechtere Verteilung der Geflüchteten innerhalb Deutschlands an. Die Stadt Essen als Stärkungspaktkommune sei notleidend und darüber hinaus mangle es als Folge der Flüchtlingswelle aus den Jahren 2015/2016 immer noch an ausreichenden Kita- und Schulplätzen für die im Stadtgebiet lebenden Kinder.

Ratsfrau Müller-Hechfellner (GRÜNE) führt aus, dass es sich bei dem angesprochenen Personenkreis um Mädchen und Jungen handele, die ohne Eltern oder Verwandte in den Lagern

völlig auf sich allein gestellt lebten und appelliert an den Zusammenhalt Europas, Griechenland und Italien in der Flüchtlingsproblematik nicht allein zu lassen.

Ratsherr Wandtke (GRÜNE) beschreibt das Leben in den griechischen Flüchtlingslagern als menschenunwürdig und sieht auch die Stadt Essen trotz der angespannten Haushaltslage in der Pflicht, Hilfestellung anzubieten. Die Aufnahme von besonders schutzbedürftigen Flüchtlingen dürfe nicht mit dem Hinweis auf die schwierige Finanzlage der Stadt abgelehnt werden.

Ratsherr Omeirat (GRÜNE) berichtet, dass Journalisten inzwischen der Zutritt zu den Lagern verwehrt werde, um eine kritische Berichterstattung zu verhindern. Wegen der katastrophalen hygienischen Zustände in den Auffanglagern sei die unverzügliche Aufnahme von Kindern und Jugendlichen deshalb dringender denn je und ein großes humanitäres Zeichen der Stadt Essen in die Gesellschaft hinein.

Ratsherr Freye (LINKE) zeigt sich von der bisherigen Diskussion im Rat der Stadt sehr enttäuscht und appelliert an seine Kolleginnen und Kollegen, ein Zeichen der Menschlichkeit zu setzen und diese Kinder hier aufzunehmen, um ihnen eine bessere Zukunft zu ermöglichen.

Oberbürgermeister Kufen erklärt, dass die Stadt Essen ihrer Aufnahmeverpflichtung auf der Basis der Berechnungen nach dem Königsteiner Schlüssel zur Verteilung von Geflüchteten stets nachgekommen sei und auch weiterhin ihre Verpflichtungen erfüllen werde.

Stadtdirektor Renzel berichtet über die Tätigkeit der unterschiedlichen Essener Hilfseinrichtungen, die sich vor Ort in den Flüchtlingslagern um die Menschen kümmerten und Hilfestellung leisteten. Die Caritas-Flüchtlingshilfe habe kurz vor der Corona-Krise Fachleute in die Auffanglager auf Lesbos entsandt, um sich ein Bild von der Situation zu machen und Möglichkeiten der Hilfestellung vor Ort abzuklären. Zur Unterstützung der Betroffenen und zur Verstärkung der Hilfsangebote vor Ort erfolge beispielsweise die Entsendung von medizinischem Personal und Fachkräften aus dem Kinder- und Jugendhilfebereich.

Ratsherr Schlauch (SPD) führt aus, dass Deutschland nicht unwillig sei, Flüchtlinge aufzunehmen und die Stadt Essen jeden Geflüchteten aufnehme, der ihr vom Land zugewiesen werde. Allerdings dürfe bei der Diskussion um eine zusätzliche Aufnahme von minderjährigen Flüchtlingen in Essen, die unter humanitären Gesichtspunkten wünschenswert sei, nicht außer Acht gelassen werden, dass schon jetzt in erheblichem Maße für die bereits hier lebenden Kinder Kita- und Schulplätze fehlten. Außerdem werde die Integrationsarbeit der Stadt im nächsten Jahr durch den Wegfall der Integrationspauschale von Bund und Land noch zusätzlich erschwert.

Ratsherr Kalweit (CDU) zeigt sich verärgert darüber, dass seit dem letzten Jahr immer wieder Anträge mit gleichlautender Intention, nur mit unterschiedlichen Überschriften auf die Tagesordnung des Rates gesetzt würden, um eine Aufnahme von noch mehr Flüchtlingen in Essen durchzusetzen. Essen habe seit Beginn der Flüchtlingskrise rund 23.000 Menschen in dieser Stadt aufgenommen und integriert und sei seiner Verantwortung damit mehr als gerecht geworden.

Für **Ratsfrau Giesecke** (LINKE) ist es Aufgabe der Gesellschaft, die Ursachen für die weltweiten Flüchtlingsströme zu erforschen und gemeinsam nach Lösungen suchen. Bis dahin sollte die Verteilung der Geflüchteten über eine Quote, ähnlich wie sie vor Jahrzehnten durch den Königsteiner Schlüssel zur Verteilung der Vertriebenen innerhalb Deutschlands festgelegt worden sei, erfolgen. Unabhängig von einer solchen Quotierung könne ein Land oder eine Stadt aber auch in Vorleistung treten. Deshalb werde dieses Thema immer wieder auf der Tagesord-

nung von politischen Gremien erscheinen und sie ermutigt alle Ratsmitglieder, sich persönlich zu einer solchen humanitären Hilfestellung zu bekennen.

Ratsherr Kalweit (CDU) erklärt, dass sich die Projektion des Königsteiner Schlüssels auf die Verteilung von Geflüchteten auch unter Integrationsgesichtspunkten zunehmend als problematisch herausstelle. Deshalb habe sich Stadtdirektor Renzel auch beim Deutschen Städtetag bereits für die Abschaffung des Königsteiner Schlüssels als Berechnungsgrundlage eingesetzt.

Ratsherr Schöneweiß (FDP) dankt Stadtdirektor Renzel für den Bericht über die bisherigen und zukünftig geplanten Hilfsmaßnahmen von Essener Organisationen in den Auffanglagern in Griechenland und betrachtet die Hilfestellung vor Ort als den richtigen Weg im Umgang mit der Flüchtlingskrise.

Der Rat der Stadt lehnt mehrheitlich gegen die Stimmen der GRÜNEN-Fraktion, der Fraktion DIE LINKE und zwei Stimmen aus der Tierschutz/SLB-Fraktion den gemeinsamen Antrag 0383/2020 der GRÜNEN-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE ab.

Für die Richtigkeit:
gez. Filip